

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Er scheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzig älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-Zl. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 80 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beirteilung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 51

Freitag, den 1. April 1932

50. Jahrgang

## Graf Gravina entscheidet zugunsten Danzigs Unzulässige „Action directe“ Polens — Danzigs Recht auf den Veredelungsverkehr

Danzig. Der Danziger Völkerverbandskommissar Graf Gravina hat unter dem 29. März eine vorläufige Entscheidung gefällt, in der eine Verfügung des polnischen Finanzministeriums als eine unzulässige „Action directe“ bezeichnet wird.

In einer am 9. Januar 1932 veröffentlichten Verordnung des polnischen Finanzministeriums hatte die polnische Regierung nämlich, wie seinerzeit gemeldet, Maßnahmen gegen den Danziger Veredelungsverkehr getroffen, die einer Unterbindung der Einfuhr von aus dem Danziger Veredelungsverkehr stammenden Erzeugnissen nach Polen gleichkamen. Da die polnische Regierung mit diesen Maßnahmen der von der am 15. September 1931 beim Danziger Völkerverbandskommissar beantragten Entscheidung betreffend den russischen Veredelungsverkehr Danzigs zugekommen ist, sah sich die Regierung der Freien Stadt Danzig unter dem 29. Januar dieses Jahres genötigt, den Danziger Völkerverbandskommissar zu bitten, durch Entscheidung zu bestimmen, daß die Verfügung des polnischen Finanzministeriums vom 9. Januar 1932 eine „Action directe“ darstellt, daß die polnische Regierung gehalten ist, die erwähnte Verfügung unverzüglich aufzuheben und sich bis zur Entscheidung des vor dem Danziger Völkerverbandskommissar schwebenden Verfahrens betreffend den Veredelungsverkehr aller Handlungen zu enthalten, die die Ausübung des Veredelungsverkehrs in der bisher geübten Art verhindern oder beschränken. Außerdem sollte die polnische Regierung gehalten sein, die Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren in

Danzig auf den in Artikel 201 des Warschauer Abkommens bestimmten Rahmen zu beschränken. Da die polnische Regierung die Ansicht vertrat, daß die Verfügung des polnischen Finanzministeriums vom 9. Januar 1932 lediglich eine Maßnahme sei, die dadurch bedingt wurde, daß sich die Danziger Zollverwaltung einer Anordnung des polnischen Finanzministeriums nicht gefügt habe, hatte sie ihrerseits den Danziger Völkerverbandskommissar um eine Entscheidung dahingehend gebeten, daß die Nichtausführung der Anordnung des polnischen Finanzministeriums seitens der polnischen Zollverwaltung eine „Action directe“ der Freien Stadt Danzig in dem vor dem Danziger Völkerverbandskommissar schwebenden Verfahren darstellt.

### Wichtige Beratungen beim Staatspräsidenten

Warschau. Trotz der Dementis der Regierungsprelle weiß man in politischen Kreisen, daß die Anwesenheit des ehemaligen Premierministers Bartel in Warschau einen hochpolitischen Charakter hatte. Professor Bartel war den ganzen Tag hindurch beim Staatspräsidenten in Spala und besprach mit ihm alle schwebenden politischen Fragen. Wie es heißt, haben an dieser Konferenz auch die früheren Ministerpräsidenten Slawek und Switalski teilgenommen. Diese Konferenz soll auf speziellen Wunsch des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Prejtor stattgefunden haben und solche Konferenzen sollen sich auch wiederholen.

## Ausnahmezustand im tschechischen Streifgebiet

Streitlage in Mährisch-Strau und Karwin — Blutige Zusammenstöße mit den Streitenden

Prag. Am Mittwoch ist es auch im Streitgebiet von Mährisch-Strau zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Gendarmerie und den Streitenden gekommen. Als eine größte Menge auf den Schloß von Nieder-Schau bei Strau zog, um die Arbeitswilligen zum Steil zu bewegen, wurde sie am Schloßgang von einem Polizeiaufgebot empfangen. Nach einem Steinhaue wurde ein Angriff auf die Polizeibeamten mit Stöcken und Latzen unternommen. Aus der Menge wurden auch einige Revolverkugeln abgegeben, durch die ein Polizist schwer verwundet wurde. Durch das darauf erfolgte Feuer der Polizei wurden ein Arbeiter schwer und vier weitere leicht verletzt.

Auch in Karwin kam es zu Gewalttätigkeiten und Zusammenstößen zwischen der Gendarmerie und der Menge.

Zahlreiche Verhaftungen wurden überall vorgenommen. Am Nachmittag herrschte Ruhe. Die Gendarmerie-Patrouillen durchziehen die Gegenden des ganzen Industriegebiets. Die Flugblätter der Kommunisten wurden von den Behörden beschlagnahmt. Der Ausnahmezustand wurde über das ganze Mährisch-Strauer und Karwin-Revier verhängt.

Der Ausschuss von Gefangenen ist völlig verboten. Die Polizeistunde wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt. Der Streik hat eine bedeutende Verschärfung erfahren.

Im Brügger Revier haben sich weitere Schachtbeschlagnahmen dem Streik angeschlossen. Die Streikbewegung hat auch das Kladovec-Kohlengruben erfaßt, wo es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen der Gendarmerie und den Arbeitern kam.

## Deutschlands wirtschaftliche Beziehungen zu Frankreich

Der Stand der deutsch-französischen Kontingentierungs-Verhandlungen — Zu Ungunsten der deutschen Ausfuhr

Berlin. Als das Ergebnis der beim vorjährigen französischen Ministerbesuch angekündigten deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen meldet der DSD, daß ungefähre sämtliche Positionen des französischen Zolltarifs, wenigstens soweit sie für die deutsche Ausfuhrindustrie von Interesse sind, in die Kontingentierung einbezogen worden sind, ein Zustand, der sich lediglich im Sinne einer Einschränkung der deutschen Ausfuhr nach Frankreich auswirkt. Nur in wenigen Ausnahmefällen hat sich die Kontingentierung durch Preisverfälschung vermeiden lassen. Frankreich läßt sich bekanntlich bei seinen Kontingentierungswünschen auf die Katastrophenklausel im deutsch-französischen Handelsvertrag. Bisher sind insgesamt 78 Positionen des französischen Zolltarifs kontingentiert worden, davon 13 ohne Verständigung mit Deutschland und 65 nach vorausgegangenem Verständigung.

Die Kontingentierungen, die ohne Verständigung mit Deutschland festgesetzt worden sind, betreffen in der Hauptsache Düngemittel, Kohle, Bleie, Quecksilber, Radioteile, Apparate für drahtlose Telegraphie und Telephonie, Eisenwaren und Möbel. Nach Verständigung mit den betreffenden deutschen Industriegruppen sind kontingentiert u. a. Schwefelsäure, Kohlen, Bandeisern, Farben, Glas, Warenwaren, Photokartell, Häute, Leder und Lederwaren, Traktoren, Maschinen verschiedener Art, elektrotechnische Maschinen und Apparate, Herde und Kocher, Eisen- und Stahlwaren, Emaillewaren, Werkzeuge,

Altumulatoren, Holzwaren, physikalische Instrumente und Spielwaren.

Da die Kontingentierungsabmachungen alle einseitig zu Ungunsten Deutschlands wirken, schweben zur Zeit in Paris mit einer deutschen Abordnung Verhandlungen, um auch französischerseits Zugeständnisse in Gestalt der Freigabe unbequemer Zollbindungen und von Zollermäßigungen zu erlangen. Diese Verhandlungen haben bisher zu keinem für Deutschland wesentlichen Erfolg geführt, sind aber noch nicht abgeschlossen.

### Die französischen Dollarguthaben in New York

Vor größeren Abzügen?

London. „Evening Standard“ zufolge hat die Bank von Frankreich bereits angefangen, von ihrem New Yorker Dollarguthaben, das sich immer noch auf etwa 750 Millionen Dollar beläuft, Abzüge vorzunehmen. Es sei möglich, daß diese Abzüge in naher Zukunft wieder größeren Umfang annehmen würden. Ueberraschend sei, daß die Bank von Frankreich die Dollars nicht etwa in Franken, sondern in englische Pfunde umwandelte. Offenbar seien also die französischen Finanzleute der Ansicht, daß das englische Pfund eine bessere Anlage sei, als der Franken. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß sich dadurch gleichzeitig die französische Angriffskraft gegen das Pfund vergrößere.



### Kontursantrag gegen Fürst Starhemberg?

Fürst Starhemberg, der einstige Führer der österreichischen Heimwehren, ist in große finanzielle Schwierigkeiten geraten. So daß ein Teil seiner Gläubiger mit einem Kontursantrag drohen. Die Familie Starhemberg, der die aufgenommenen Darlehen größtenteils zur Finanzierung der Heimwehr-Bewegung verwendet hat, will nun eine Sanierung einleiten.

### Zum deutsch-polnischen Wirtschafts-Abkommen

Warschau. Nach Meinung der halbamtlichen Iskra-Agentur beruht die Bedeutung des in Warschau abgeschlossenen deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens darin, daß in der gegenwärtigen Krisenzeit, wo fast alle Staaten gezwungen sind, besondere Maßnahmen zum Schutze ihrer Handelsbilanz zu treffen, für den deutsch-polnischen Warenaustausch doch eine Grundlage gefunden wurde, auf die sich beide Regierungen einigen konnten. Zweifellos bedeutet diese Verständigung den ersten Schritt auf dem Wege zu der so erwünschten Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachbarstaaten. Nach einigen Bemerkungen über die Nichtratifizierung des Handelsvertrages durch Deutschland und über die deutsche Ablehnung des polnischen Vorschlages auf Zollfrieden, heißt es zum Schluß dieser halbamtlichen Erklärung: „Es ist zu erwarten, daß die nur in sehr engem Rahmen erreichte Verständigung allmählich wird ausgebaut werden können und schließlich zu einem Zollfrieden führen wird.“

### Ausschluß de Valeras von der Weltreichskonferenz?

London. Nachrichten aus Ottawa zufolge besteht, wie „Daily Express“ meldet, die Absicht, dem irischen Ministerpräsidenten de Valera oder seinem Vertreter einen Sitz auf der im Juni stattfindenden Weltreichskonferenz zu verweigern, falls die irische Regierung ihre Absicht, den Treueid abzuschaffen, zur Durchführung bringen sollte.

### Ein neuer politischer Balkanstandal

Anschlag auf den Führer der westbulgarischen Minderheiten?

Sofia. Bulgarische Zeitungen veröffentlichten Darlegungen eines in Südflawien lebenden Bulgaren namens Petroff, der sich Sofioter Zeitungsredaktionen mit dem Eingeständnis gestellt hat, daß er von südslawischen Polizeistellen beauftragt gewesen sei, den bulgarischen Professor Stojakoff, den Führer der westbulgarischen Minderheiten, zu ermorden. Petroff teilt weiter mit, daß er weisungsgemäß in Sofia zunächst das südslawische Konsulat aufgesucht habe. Von dort sei er an den südslawischen Militärattaché verwiesen worden. Er habe insgesamt 2000 Lewa und Anweisungen für seine Rücküberführung über die Grenze nach der Ausführung der Tat erhalten. Auch die Werdwaffe, eine Parabellum-Pistole, sei ihm ausgeliefert worden. Als Belohnung für die Tat seien ihm 200 000 Dinar in Aussicht gestellt worden.

Die amtlichen bulgarischen Stellen haben zu den Veröffentlichungen Petroffs bisher in keiner Weise Stellung genommen. Der Eindruck in der Öffentlichkeit ist groß.

### Aufruhr im Gefängnis von Malaga

Durch russische Kommunisten hervorgerufen.

Madrid. Im Gefängnis von Malaga haben 11 ausländische Kommunisten, zumeist Russen, eine Revolte hervorgerufen und das Gefängnis in Brand gesetzt. Als Geiseln behielten die Gefangenen, die sämtlich mit Messern und Pistolen bewaffnet waren, unter Todesdrohungen zwei Aufseher zurück. Diese Tatsache verhinderte die sofort anrückenden Polizeitruppen, von der Waffe Gebrauch zu machen, so daß lediglich die Feuerwerk eingeseht werden konnte. Ein Teil der Aufständischen ist bereits geflohen.





